



Fraktionspapier Europäische Volkspartei (EVP)

Name: Fraktion der Europäischen Volkspartei

Größe: mit 29% die größte Fraktion im Europäischen Parlament

Zusammensetzung: 216 Abgeordnete aus 27 Ländern

5 Internetseite: www.eppgroup.eu

Vorsitzender der EVP-Fraktion ist Manfred Weber (CSU). Die EVP konnte bei den letzten Europawahlen ihre Position als stärkste Fraktion verteidigen und stellt mit Antonio Tajani den Parlamentspräsidenten, obwohl die Untergruppierung der Europäischen Demokraten (ED) die Fraktion verlassen hat. Durch das Ausscheiden der ED ist die Fraktion insbesondere in Fragen der Fortentwicklung der Union homogener geworden. Dennoch vereint die Fraktion weiterhin ein breites Spektrum innerhalb des bürgerlichen, konservativen und christdemokratischen Lagers. Bis auf Großbritannien versammeln sich in unserer Fraktion Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten. Die größten Ländergruppen in der EVP-Fraktion bilden Deutschland mit 34, Polen mit 23 und Frankreich mit 20 Abgeordneten. Die kleinsten Ländergruppen sind Litauen mit zwei Abgeordneten und Dänemark, Estland sowie Zypern mit jeweils einem Abgeordneten.

Grundüberzeugungen

Wir wünschen uns eine hoffnungsvolle Zukunft für Europa und seine Bürger und sind dabei entschlossen, Europa aus der Krise zu führen. Wir möchten, dass unsere Wirtschaft wieder zu Wachstum mit einem ausreichenden Angebot an Arbeitsplätzen zurückkehrt. Junge Menschen sollen zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Als ehrgeiziges und langfristiges Ziel haben wir uns die Vollbeschäftigung gesetzt, die es zu erreichen und sichern gilt. Denn Arbeit ist ein wesentliches Element der Selbstverwirklichung des Menschen. Alle unserer Bürger sollen in allen Lebensbereichen das dauerhafte Gefühl von Sicherheit verspüren, das Europa bieten kann. Wir möchten in Freiheit und Würde leben. Wir dürfen unseren Kindern keinen Schuldenberg hinterlassen und können deshalb auch nur Geld ausgeben und Ressourcen verbrauchen, die wir haben. Die ausufernde Schuldenpolitik auf nationaler Ebene muss ein Ende haben.

30 Die Europäische Volkspartei war schon immer die treibende Kraft der europäischen Integration. Sie hat zum Fall des Kommunismus beigetragen, neue Mitgliedstaaten willkommen heißen und sich für eine immer enger zusammenwachsende Union eingesetzt. Über die Jahre hat sie sich zu Europas größter politischer Familie entwickelt, und ihre Mitgliedsparteien tragen in den vielen EU-Ländern Regierungsverantwortung.

35 In der Krise ist die EVP die Partei, die für verantwortungsvolles Regieren steht. Wir wollen, aufbauend auf der Familie und unserem christlich-abendländischen Erbe, eine



verantwortungsbewusste Gesellschaft. Europa muss über gemeinsame Werte und Ziele weiter zusammenwachsen und gleichzeitig die nationalen Identitäten und ethnischen Minderheiten respektieren. Die kulturelle Vielfalt an Sprachen, Nationen und Regionen gilt es zu fördern, denn dies ist einer der Grundpfeiler eines gemeinsamen Europas.

Terrorismusbekämpfung

Der Terrorismus ist eine weltweite Gefahr, auf die auf lokaler, nationaler, europäischer, regionaler und internationaler Ebene reagiert werden muss. Um die Sicherheit zu verbessern, die Grundwerte der Freiheit, Demokratie und der Menschenrechte zu verteidigen und dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen, müssen die Maßnahmen der EU zur Terrorismusbekämpfung gerade im Hinblick auf die jüngsten Anschläge in Mitgliedsstaaten dringend verstärkt werden.

Die Bekämpfung von Terrorismus fällt in unseren Augen zwar in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Allerdings sind wir fest davon überzeugt, dass es einen EU-Ansatz geben muss, der – unter uneingeschränkter Achtung des Rechtsstaatsprinzips – zur genauen Bestimmung der Art der terroristischen Bedrohung, zur Erarbeitung der besten Methoden zur Abwendung dieser Gefahr und zur Identifizierung der Grundursachen des Terrorismus herangezogen wird und mit einem soliden Rahmen und Normen für den Schutz der Grundrechte ausgestattet ist.

Die EU muss ihre geltenden Vorschriften über die Verbringung illegaler Schusswaffen und den Waffenhandel in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen evaluieren.

Die Frage, auf welche Weise unzufriedene Personen entradikalisiert und integriert werden können, ist ein zentraler Punkt unserer Strategie. Es zeigt sich immer deutlicher, dass das Internet koordiniert überwacht werden muss, da Extremisten diesen freien Raum für die Verbreitung ihrer radikalen Propaganda nutzen. Die EVP-Fraktion setzt sich daher dafür ein, dass sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten ihre Zusammenarbeit mit Internet-Unternehmen und den Plattformen sozialer Netzwerke (Google, Twitter, Facebook, YouTube und andere) stärken, um den Zugang zu Webseiten mit terroristischen Inhalten zu beschränken und um terroristische Propaganda im Internet zu entfernen, wobei die Achtung der Grundrechte, insbesondere das Recht auf Privatsphäre und das Recht auf Schutz personenbezogener Daten, sichergestellt wird. Die Mitgliedstaaten sollten – ggf. auch durch rechtliche Vorgaben der EU – Rechtsrahmen schaffen, um Hassreden, Hassprediger, die radikale Propaganda verbreiten (darunter auf religiösen Internetseiten) und Anwerber von Einzelpersonen aus der EU entschlossen und sorgfältig zu überwachen.

Um dieser wachsenden Bedrohung wirksam zu begegnen, müssen die Mitgliedstaaten ihr Vorgehen gegenüber ausländischen Kämpfern vereinheitlichen. Die EVP-Fraktion lotet ohne Tabus alle Optionen aus, darunter die stärkere strafrechtliche Verfolgung im Falle der Anwerbung für terroristische Organisationen und der Ausbildung in Terrorlagern.



Wir sind darüber hinaus fest davon überzeugt, dass eine robuste EU-Politik zur Rückführung und Ausweisung von Radikalen aus Drittländern zur Anwendung kommen sollte.

Polizei und Geheimdienste

80 Wir brauchen die Vernetzung der nachrichtendienstlichen und polizeilichen
Datenbanken aller EU-Staaten und eine verstärkte Koordinierung der Polizeiarbeit
zwischen den Mitgliedstaaten, um die gesammelten Informationen besser zu bündeln
und auszuwerten. Des Weiteren fordern wir, dass der Daten- und
Informationsaustausch zwischen Frontex und Europol unverzüglich einsatzfähig und
85 jedes Hindernis für deren verstärkte Zusammenarbeit sofort beseitigt wird.

Es müssen weitere Überlegungen über die Einrichtung eines Zentrums zur
Terrorismusbekämpfung im Rahmen von Europol angestellt werden, durch das die
Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den Nachrichtendiensten
der Mitgliedstaaten erleichtert wird. Unser Fraktionsvorsitzender Manfred Weber hat
90 sich für ein „europäisches FBI“ ausgesprochen, ebenso Parlamentspräsident Antonio
Tajani. Tajani zufolge müssten Justiz, Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste ihre
Arbeit koordinieren um Extremismus, der Anwerbung von Terroristen und der
Ausführung von Terroranschlägen zu begegnen. „Ich bin der Auffassung, dass wir ein
europäisches FBI brauchen. Es ergibt keinen Sinn, dass jeder Mitgliedstaat auf seinen
95 kleinen Geheimnissen sitzen bleibt. Der Feind ist global und das erfordert eine
gemeinsame Antwort“, so Tajani.